

Fernuniversität Hagen

Hauptfach Geschichte

Teilgebiet: Neuere Deutsche und Europäische Geschichte

Kurs: 04149, Weimarer Republik

Betreuer: PD Dr. Wolfgang Kruse

Hauptstudium WS 2005/06

Die bayerische Räterepublik in der Oberpfalz

Werner Rother

Lange Gasse 11

92237 Sulzbach-Rosenberg

Tel.: 09661/54492

Matrikel Nr.: 5898749

Abgabedatum : 20. März 2006

Inhaltsverzeichnis:

1.	Einleitung	3
2.	<u>Stimmung und wirtschaftliche Lage</u>	
2.1	Auswirkungen des Kriegs	4
2.2	November 1918 bis März 1919	6
2.3	April 1919	10
2.4	Nach Mai 1919	12
3.	Rolle der Bauernvereinigungen	13
4.	<u>Räteherrschaft in den Städten</u>	
4.1	Regensburg	16
4.2	Amberg	18
4.3	Sulzbach-Rosenberg	19
4.4	Weiden	21
5.	Beschäftigungsstruktur	23
6.	Fazit	24
	Quellen- und Literaturverzeichnis	28

1. Einleitung

Die Ereignisse in München vom November 1918, als Kurt Eisner die Republik ausrief, über den Putsch radikaler Räte bis zur gewaltsamen Niederschlagung der Münchner Räterepublik im April 1919 durch Reichstruppen sind in vielen Büchern gut dokumentiert.

Was in den anderen Teilen Bayerns geschah und wie dort auf die Revolution in München reagiert wurde, ist weniger beschrieben. Die Ereignisse in den einzelnen Städten sind meist nur in den jeweiligen Stadtchroniken kurz beschrieben, der Gesamtsituation in der Oberpfalz widmen sich nur wenige Aufsätze.

Diese Arbeit will die Situation dieser Zeit in der Oberpfalz untersuchen und stützt sich dabei neben einigen Büchern und Arbeiten vor allem auf Berichte, die von den Bezirken und Städten an die Regierung der Oberpfalz in Regensburg geschickt wurden, wie sie im Staatsarchiv in Amberg archiviert sind.

Zunächst wurde die Stimmung der Bevölkerung nach dem Krieg und deren Ursachen untersucht. Hier geben die Akten im Staatsarchiv gute Auskunft, auch die anderen Arbeiten zu diesem Thema speisen sich größtenteils aus dieser Quelle.

Es lassen sich drei Wellen der Stimmung feststellen, die mit den politischen Ereignissen zusammenfallen, nämlich der Nachkriegszeit bis zur Ermordung Eisners, dem kommunistischen Putsch im April und dessen gewaltsamen Ende im Mai 1919.

Großen Einfluß auf die Meinung der ländlichen Bevölkerung nahmen außer den lokalen Zeitungen die beiden Bauernvereinigungen, daher wurde deren Rolle und Entstehung untersucht.

Über die Reaktionen der Räte auf den Aufruf zur Machtübernahme durch Nikisch berichten die Stadtchroniken, teils auch Polizeiberichte an die Regierung. Hier wurden die Ereignisse in der Hauptstadt Regensburg und in den Städten Amberg, Weiden und Sulzbach-Rosenberg geschildert. Sulzbach ist zwar nur ein Kleinstadt, aber hier gab es eine interessante Episode gleich am

Anfang der Rätezeit und hier saß einer der größten Arbeitgeber der Oberpfalz, das Stahlwerk Maxhütte im Ortsteil Rosenberg.

Abschließend wurde noch die Beschäftigungsstruktur dargestellt, um das Verhalten und die Stimmung der Bevölkerung mit den sozialen Verhältnissen in Zusammenhang zu bringen.

2. Stimmung und wirtschaftliche Lage

Die Oberpfalz ist ein sehr ländlich strukturierter Raum mit der Landwirtschaft als prägendem Faktor für Wirtschaft und Lebensbedingungen. Damit ist vor allem die Lage der Bauern und Landarbeiter während und nach dem Krieg ausschlaggebend für ihre Stellung zur Regierung und ihre Reaktion auf die Revolution.

2.1 Auswirkungen des Krieges

Im Verlauf des Kriegs kam es zu immer größeren Problemen mit der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, auch mit Bekleidung, Brennmaterial und anderen lebensnotwendigen Gütern.

Die Regierung in Berlin versuchte diese Probleme durch Preislimitierungen und Zwangsablieferungen zu lösen, wobei die Festsetzung der Preise und Mengen den Ländern überlassen wurde. Die bayerische Regierung hatte dies bis zu den Bezirksämtern, diese oft sogar bis zur Ortspolizei weiter delegiert, wodurch es zu völlig uneinheitlichen Regelungen kam, die Spekulationen begünstigte. Dazu kamen kurzsichtige und sich immer wieder ändernde Regelungen, was dazu führte, daß Großbauern mit hohen Lagerkapazitäten ihre Ware zurückhalten konnten bis gute Preise zu erzielen waren, während die kleineren Bauern auch zu ungünstigen Bedingungen verkaufen mußten. So wurden die Höchstpreise im Frühjahr 1916 hochgesetzt, damit die gehorteten Erzeugnisse verkauft würden, was zur Verärgerung der Bauern führte, die bereits verkauft hatten.¹

¹ Ay (1969), S.348 f.

Diese Reglementierungen verärgerten die Bauern, da sie in ihre gewohnten Rechte eingriffen und ihren Gewinn schmälerten. Die zentralen Anordnungen waren oft lebensfremd und wurden als ungerecht empfunden, zumal wenn staatliche Zwischenhändler an den Zwangsabgaben gut verdienten. Lieber verkauften sie die Lebensmittel selbst zu hohen Preisen, auch wenn sie dafür hart bestraft werden konnten.²

Die Bauern mußten zwar nicht unter Hunger leiden, da sie ja bei den Grundnahrungsmitteln an der Quelle saßen, aber sie waren dafür von Kunstdünger und von Treibstoff für ihre Maschinen abhängig, so daß sogar die Ernten wegen Treibstoffmangel gefährdet waren.³

Vor allem litten die Bauern aber unter dem Mangel an Arbeitskräften. Viele Männer waren zum Kriegsdienst einberufen worden und die noch vorhandenen Knechte suchten sich lieber einen Arbeitsplatz in der Industrie, wo sie bei gleichem oder gar höherem Lohn einen geregelten 8-Stunden-Arbeitstag hatten. Schon 1915 wurde versucht, diese Abwanderung gesetzlich zu verhindern, aber ohne großen Erfolg. Daß dieses Problem wesentlich zur schlechten Stimmung der Landbevölkerung beitrug, wurde auch vom Pressereferenten des Kriegsministeriums, Sonnenburg, im Sommer 1917 erkannt.⁴

Zu diesen Problemen kam noch die Belästigung durch Hamsterer, die in Scharen von den unterversorgten Städten über das Land zogen um dort mit nicht selten rabiaten Methoden Nahrungsmittel aufzutreiben. Der Staat war dagegen ziemlich machtlos, zum einen mangelte es infolge des Kriegs an Polizisten, zum anderen offenbarte der Hunger der Städter seine Unfähigkeit die Kriegslasten in den Griff zu bekommen. Der „Hamstererlaß“ vom März 1918, der die Besorgung kleiner Mengen im Bekanntenkreis legalisierte, ließ die Hamsterei völlig außer Kontrolle geraten.⁵ Für die Bauern sah es insgesamt so aus, daß die Stadt das Land ausplünderte und der Staat nichts dagegen unternahm oder sogar noch dabei half. So war die eigentlich konservative Landbevölkerung bald keine Stütze mehr für die Staatsregierung und war

² Hecht (1982), S128 ff.

³ Ay (1969), S.368 f., auch Hillmayr (1969), S.469

⁴ Ay (1969), S.370

⁵ Hecht (1982), S. 133

ebenso kriegsmüde und staatsverdrossen, wie die Leute in den großen Städten. Die staatliche Propaganda, die teils mit Hilfe der Geistlichkeit durchgeführt wurde, war zu plump und erwies sich schnell als kontraproduktiv.⁶

In den Städten wirkte sich die Lebensmittelknappheit aus, wenn auch nicht so drastisch wie in München oder anderen Großstädten. Oft konnten nicht einmal die Mindestmengen verteilt werden, vor allem bei Milch und Fett gab es große Engpässe. Die Verteilung der Lebensmittel war oft ungerecht, es gab Bevorzugungen und wer genug Geld hatte, konnte sich gut versorgen. Auch der Mangel an Brennstoffen für Heizung, Beleuchtung und Maschinen führte zu Problemen. Vor allem in der Industrie der nördlichen Oberpfalz kam es zu Betriebsstillegungen, da hier besonders energieintensive Betriebe angesiedelt waren (Glas- und Porzellanherstellung). Die Eisenhütte in Rosenberg (Maxhütte) mußte ihren Betrieb im Februar 1918 einschränken und die Eisenbahn mußte mangels Kohle Züge ausfallen lassen.⁷

Ein weiteres Manko war die Textilknappheit, die durch den Kriegseintritt der USA und die dadurch ausfallenden Baumwoll-Lieferungen verursacht war. Kleider und Stoffe wurden konfisziert und wenn etwas in den Verkauf kam, war es sehr teuer.⁸

2.2 November 1918 bis März 1919

Über die Stimmung und die Ereignisse in der Oberpfalz während der Rätezeit geben die Berichte der Bezirksämter an die Regierung in Regensburg ein gutes Bild:

Die Berichte über politische Veranstaltungen oder Unruhen sind bis zum Frühjahr 1919 sehr spärlich. Lediglich aus dem Bezirk Burglengenfeld wurden einige Vorfälle an die Regierung gemeldet, politischer Aufruhr seitens der „Spartakisten“ befürchtet und um ein Eingreifen der Regierung gebeten. So rief das Bezirksamt Burglengenfeld bereits am 11. November bei der Regierung in Regensburg an und bat um Schutz vor befürchteten

⁶ Ay (1969), S370 f.

⁷ Hecht (1982) S.134 -137

⁸Hecht (1982) S.140 f.

Plünderungen, was die Regierung an das Ministerium des Innern in München weiterleitete.⁹

Gleiches wiederholte sich im Januar 1919, als der Magistrat von Schwandorf dem Bezirksamtmann von Burglengenfeld mitteilte, daß von Matrosen Plünderungen und Putsche beabsichtigt seien und das Militär zum Schutz nicht zuverlässig sei. Der Regensburger Stadtmagistrat stellte sogar Antrag auf Verkündung des Standrechts und Errichtung eines Volksgerichts.¹⁰

Auch der Oberpfälzische christliche Bauernverein wandte sich in ähnlicher Sache an die Regierung in Regensburg und teilte mit „daß heute Nacht von den Spartakusleuten der Schwarzhof bei Ponholz gestürmt werden soll.“¹¹

Ebenso berichtete die Gendarmeriestation Stadtamhof diese Befürchtung. Der Soldatenrat und der Arbeiterrat Reinhausen wurden um Hilfe gebeten, unternahmen aber nichts.

Tatsächlich wurde dieser Bauernhof am 16. Januar um 4 Uhr früh von Plünderern bestürmt, die aber von der bereitstehenden Polizei mit MG-Feuer vertrieben wurden. Es wurde berichtet, daß es sich bei den Tätern um „lauter bekannte Arbeiter aus Leonberg und Umgebung“ handelte. Allerdings handelte es sich keineswegs um eine politische Aktion der „Spartakisten“, sondern eher um einen privaten Racheakt und einen Beutezug.¹²

Auch die Kirche wandte sich an die Regierung um Schutz vor angriffslustigen Arbeitern. Das Bischöfliche Ordinariat beklagte sich, daß der Pfarrer und Kämmerer von Leonberg bei Ponholz anlässlich der Verlesung des Hirtenbriefs von einer Rotte von Burschen im Pfarrhof belagert und mit Steinwürfen angegriffen und beschimpft wurde. Diese konnten nur durch auswärtige Soldaten durch „Bitten und gute Worte“ zum Abzug bewegt werden. Um Schutz des Pfarrers wurde gebeten.¹³

⁹ StA Amberg 3600: Telegramm an die Regierung in München vom 11.11.1918

¹⁰ StA Amberg 3600: Notiz vom 11.01.1919

¹¹ StA Amberg 3600: Brief des Bay. Christl. Bauernvereins an die Kammer des Innern vom 14.01.1919

¹² StA Amberg 3600: Bericht der Gendarmeriehauptstation Stadtamhof an das Bezirksamt vom 16.01.1919

¹³ StA Amberg 3600: Brief des Bischöflichen Ordinariats an die Kammer des Inneren vom 30.12.1918

Ansonsten wird in diesem Zeitraum nur von der Störung einer politischen Veranstaltung aus Roding berichtet, wo ein Redner, der die Sozialdemokraten wegen ihrer religiösen Einstellung kritisiert hatte, vom Publikum gestört und angegriffen wurde, so daß er in ein benachbartes Gasthaus flüchtete und dort drei Stunden lang belagert wurde. Der Berichterstatter des Bezirksamts klagte, „von sozialdemokratischer Seite war, wie bei so vielen Versammlungen, die in anderen Städten in der Zwischenzeit stattgefunden haben, offenbar von vornherein geplant, die Versammlung zu sprengen.“¹⁴

Daß es in der restlichen Oberpfalz sehr ruhig zugeing, bestätigten auch die Berichte der Bezirke Ende 1918 über die Sicherheitslage und die beauftragte Bildung von Bürgerwehren. Fast immer wurde die Sicherheitslage recht gut beurteilt, lediglich Lebensmittel- und Viehdiebstähle und die große Anzahl der Hamsterer aus den Städten wurden beklagt, vor allem in der Gegend um Parsberg und Amberg.

Die Diebstähle, von denen außer Nahrungsmitteln auch Kleidung und Leder, sogar Transmissionsriemen von Maschinen, betroffen waren, wurden teils aus persönlicher Not, teils auch organisiert zum Weiterverkauf begangen, wobei die Grenzen fließend waren.¹⁵

Wie das Bezirksamt Neumarkt bestätigte, war die Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zwischen den Behörden, den gebildeten Bürgerwehren und den neugebildeten Soldaten- und Arbeiterräten gut. In diesem Zeitraum beklagten nur die Bezirke Burglengenfeld und Cham (bei Roding) eine mangelhafte Sicherheit.¹⁶

Anfang des Jahres 1919 scheint sich die Stimmung an einigen Orten verschärft zu haben. Aus Roding wurde gemeldet, daß die Gendarmerie „bei der im Lande herrschenden, gegen jede behördliche Autorität sich auflehrende Stimmung“ bei der Bürgerwehr Zuflucht suchen müsse und es wurden dringend Waffen angefordert. Auch der Bezirk Sulzbach forderte Waffen an, und zwar für die Gemeinde Rosenberg, Standort des Stahlwerks Maxhütte, da

¹⁴ StA Amberg 3600, Bericht des Bez.amts Roding an die Kammer des Innern vom 20.12.1918

¹⁵ Hecht (1982) S. 142 -145

¹⁶ StA Amberg 3600, Berichte der Bezirksamter vom 22.11.1918 bis 22.12.1918

dort Plünderungen befürchtet wurden und sich Drohungen gegen Werksbeamte gehäuft hätten.¹⁷

Ansonsten verhielten sich die Gemeinden und Bezirke unterschiedlich, was die Bildung von Bürgerwehren anbelangte. Während die einen rasch Bürgerwehren bildeten und ausreichende Bewaffnung verlangten, wurde dies andernorts abgelehnt, teils weil Bürgerwehren nicht als notwendig angesehen wurden, teils aber auch, weil man in der allgemeinen Verteilung von Waffen ein zusätzliches Sicherheitsrisiko sah. So in Regensburg, wo die Bevölkerung für zu unzuverlässig gehalten wurde, um Waffen an sie zu verteilen¹⁸.

Im allgemeinen kam es zu immer mehr Diebstählen, die zwar jeder für sich relativ harmlos waren, aber da sie oft nicht aus Not begangen wurden, sondern um das Diebesgut weiterzuverkaufen, schien es, daß die Gesetze nicht mehr ernst genommen wurden und die Ordnungskraft des Staates erodierte.¹⁹ Aber auch die schlechte Lebensmittelversorgung der Städte sorgte für Unruhen, wie in Windisch-Eschenbach, wo es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Bürgern kam.²⁰

Das Oberpfälzer Sekretariat des Bayerischen christlichen Bauernvereins hatte von seinen Ortsverbänden im Frühjahr 1919 einen Stimmungsbericht angefordert und der Regierung das zusammengefaßte Ergebnis zugeleitet.²¹ Die Stimmung unter den Bauern wurde darin allgemein als schlecht, trübe und gedrückt beschrieben, geprägt von Zukunftsangst und Ungewißheit. Es gab eine allgemeine Sehnsucht nach einer festen, stabilen Regierung, die wieder Rechtssicherheit, Ordnung und Frieden garantiert. Als Regierungsform wurde in zwei Antworten eine freie bürgerliche Republik gewünscht.

Die Reaktionen auf die Münchner Räterepublik waren durchwegs ablehnend und feindselig. Zumindest wurden die instabilen Verhältnisse als sehr irritierend empfunden, teils fallen die Urteile über die Münchner Revolutionäre recht drastisch aus: "Strizzi,... nordische Literaten, russische Agaten, Auswürflinge,...Saustall".

¹⁷ StA Amberg 3600, Berichte der Bezirksamter vom 24.01.1919 bis 03.02.1919

¹⁸ Hecht (1982), S.160 -162 und S.185 f.

¹⁹ Hecht (1982) S.178- 181

²⁰ Hecht (1982) S.185

²¹ im folgenden StA Amberg 3600, Bericht einer Umfrage des BV vom 17.04.1919

Daß die Landbevölkerung von den neuen "Herren" in München alles andere als begeistert war, mag nicht verwundern. In den Klagen herrschte die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und den als ungerecht empfundenen Abgaben vor. Die Bauern mußten Vieh und Produkte zwangsweise abgeben und es waren Preislimits für ihre Produkte festgelegt. Andererseits gab es aber keine Preisbeschränkungen für die Erzeugnisse von Handwerk und Industrie, so daß die Bauern ein begrenztes Einkommen bei steigenden Einkaufspreisen hatten und sich somit ihre Situation verschlechterte. Dazu kamen Produktionsprobleme durch fehlende Zugtiere und zuwenig Kunstdünger. Gefordert wurde auch die billigere Abgabe von Kleidung und Schuhen, zumal den Bauern offenbar verboten war aus ihrem Flachs selbst Stoffe zu weben.

Außerdem machte sich Verärgerung darüber breit, daß die Arbeiter einen garantierten 8-Stunden-Tag hatten und es häufige Streiks gab, während die Bauern weiterhin keine geregelte Arbeitszeit kannten und den Eindruck hatten, sie würden ausgebeutet, damit die Leute in den Städten bequem und faul leben könnten: "Der Bauer versteht auch nicht, warum er allein arbeiten soll, damit die Müßiggänger in den Städten Nahrung bekommen, um bei ihren Streiken auszuhalten."... "Über die große Wegnahme der Jungviehbestände hört man die Leute arg klagen, um die nichts arbeitenden Elemente zu ernähren". Auch über eine angeblich überzogene Arbeitslosen-Fürsorge wurde geklagt, die dazu führen würde, daß jeder Anreiz zur Arbeit wegfiel.

2.3 April 1919

Die Nachricht von der Ermordung Kurt Eisners hatte in der ganzen Oberpfalz Empörung ausgelöst, es wurden Trauerveranstaltungen durchgeführt und auch von den konservativen Gegnern Eisners wurde der Mord scharf verurteilt. Als am 7. April 1919 in München die 3. „kommunistische“ Revolution erfolgt war, schickte Nikisch ein Telegramm an alle Gemeinden Bayerns mit dem Aufruf, diese Räteherrschaft zu unterstützen und zum Zeichen dafür die Kirchenglocken zu läuten. Das III. Armeekorps in Nürnberg verhängte daraufhin den verschärften Kriegszustand über die Oberpfälzer Orte seines

Zuständigkeitsbereichs mit einer nächtlichen Ausgangssperre, um eine Nachahmung der Räteherrschaft zu verhindern.²²

In kaum einer der ländlichen Gemeinden wurde der Münchner Aufforderung Folge geleistet. Aus Nabburg wurde berichtet, daß sich die 4 Arbeiterräte (die aus 2 Landwirten, einem Handwerker und nur einem Arbeiter bestanden) für die Räterepublik erklärt hatten und auch die Glocken hatten läuten lassen. Aber eine Versammlung aus den Gemeindegremien, Vertretern von Parteien, Verbänden und Beamten, dem Lehrerbund, der Ortsgruppe geistiger Arbeiter und dem Bauernrat, die einberufen worden war, stellte sich hinter die Regierung Hoffmann und am 11. April sah sich auch der Arbeiterrat gezwungen, dem zu folgen.²³

In Neustadt wollte sich auch ein Arbeiterrat zur Räterepublik bekennen, erklärte sich aber schnell nach „Eingreifen“ des Bezirksamtmanns für neutral. Ähnlich war es in Tirschenreuth: Bis auf den Arbeiterrat, der sich zögernd für neutral erklärte, unterstützten alle die Regierung Hoffmann. Es wurde allerdings von „radikalen Elementen“ berichtet, die am 21. April eine vom Bauernrat einberufene Versammlung, die für eine Volkswehr werben sollte, sprengten. Diese Radikalen wurden bei den Grenzschutztruppen und in der Arbeiterschaft verortet.²⁴

Daß die Räterepublik bei den Soldaten der Grenzschutztruppen große Sympathien genoß, wurde auch aus Waldmünchen und Cham gemeldet, dieser Bezirk bat sogar das III. Armeekorps, diese Truppe abzubestellen.²⁵

Es kam in der gesamten Oberpfalz nur in Amberg und Regensburg zu einer kurzzeitigen Unterstützung der Räterepublik, ansonsten wurde auf die Abfrage nach „Kommunistischen Umtrieben“ der Regierung fast durchgängig „Fehlanzeige“ gemeldet. Und dort, wo Revolten befürchtet wurden, war es eine übertriebene Angst. So befürchtete das Bezirksamt Parsberg „schwere Unruhen“ in Breitenbrunn, weil ein Lehrer a.D. angeblich damit gedroht hatte,

²² Hecht (1982) S.174

²³ StA Amberg 3600: Schreiben des Stadtmagistrats Nabburg an das Ministerium des Äußeren in Bamberg am 11.04.1919

²⁴ StA Amberg 3600: Bericht des BezA Tirschenreuth vom 31.05.1919

²⁵ StA Amberg 3600: Schreiben des BezA Cham an das Generalkommando des III.A.K. vom 14.04.1919

„Breitenbrunn und Umgebung mit einer Anzahl von Spartakisten zu überfluten“.²⁶

Der Kreisverband der Bayerischen Volkspartei bat die Regierung um die Verhinderung einer „Spartakistenversammlung“ in Vohenstrauß, die von zwei Schleifwerksarbeitern aus Nürnberg organisiert werden sollte, was von dort als „Ausfluss übertriebener Ängstlichkeit“ angesehen und abgelehnt wurde.²⁷

In nahezu allen Orten gab es eine Verurteilung des Münchner Putsches und eine Erklärung für die Regierung Hoffmann. Es kam zu Aufrufen, die Münchner Räte mit Gewalt zu stürzen und am 23. April 1919 verließ ein Transport von Freiwilligen Weiden in Richtung München. Noch zwei weitere Mal fuhren Freikorps nach München um sich unter Oberst von Epp der Zerschlagung der Münchner Räterepublik anzuschließen.²⁸

Die Werbung für die Freikorps war in der nördlichen Oberpfalz erfolgreicher, als im Süden, wofür nach Meinung der Regierung der dortige Einfluß des Bauernbunds verantwortlich gewesen sei.²⁹

Nach Mai 1919

Die Niederschlagung der Münchner Räterepublik stieß in der konservativen Oberpfalz auf Zustimmung, jetzt wurden alle linken Aktivitäten von der Regierung scharf überwacht und jede Veranstaltung gemeldet.

Kommunisten und USPD, die bislang in der Region kaum Anhänger hatten, versuchten in der Folgezeit Unterstützung zu gewinnen.

So hielt in Roding ein Mitglied der USPD eine Rede, bei der er auch den Terror der weißen Truppen anprangerte und es gelang ihm sogar 80 Mitglieder bei der MSPD abzuwerben.³⁰

Auch in Sulzbach, Amberg und Regensburg gab es Veranstaltungen der USPD und der KPD, die zum Teil recht gut besucht waren. In ihnen wurde vor allem die MSPD angegriffen und für den Krieg mitverantwortlich gemacht. In

²⁶ StA Amberg 3600: Bericht des BezA Parsberg an das Staatsministerium des Innern in Bamberg am 15.04.1919

²⁷ StA Amberg 3600: Schreiben des Kreisverbands der Bayerischen Volkspartei an die Regierung vom 30.04.1919 und Vermerk darauf

²⁸ Hecht (1982) S. 174 - 176

²⁹ Hecht (1982) S.184

³⁰ StA Amberg 3600: Bez.Amt Roding v. 04.07.19

Amberg sprach sogar Kurt Eisner jun., der dort für eine sozialistische Jugendorganisation warb.

Laut einem Bericht der Polizei Regensburg gab es in der Oberpfalz und in Niederbayern etwa 50 000 USPD-Mitglieder, davon 900 in Regensburg. Der Kapp-Putsch stieß in der Oberpfalz zumindest bei der Arbeiterschaft auf Protest: In Rosenberg beschloß eine Versammlung der USPD und der MSDP die Einwohnerwehr zu entwaffnen, in Tirschenreuth und Wiesau streikten am 16.03.1920 die Arbeiter und forderten die Wiedereinsetzung der Regierung Bauer und die Bestrafung der meuternden Truppen und Offiziere.³¹

3. Rolle der Bauernvereinigungen

In Bayern gab es zwei Bauernvereinigungen, die in Opposition standen: Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische christliche Bauernverein. Beide wurden 1893 gegründet, hatten aber unterschiedliche Wurzeln: Der Bauernbund entstand als wirtschaftliche Interessenvertretung der Bauern in Reaktion auf den Fall der Schutzzölle unter Caprivi, war als politische Partei tätig und befand sich von Anfang an in scharfer Opposition zur Zentrumspartei. Deren Antwort war die Gründung der christlichen Bauernvereine, die die Bauern an Zentrum und Kirche binden sollten, freilich auch deren wirtschaftliche Interessen vertraten, aber nicht als Partei auftraten.³²

Durch die Gegnerschaft zum Zentrum, von dem er die Interessen der Bauern nicht vertreten sah, tendierte der Bauernbund nach links und wurde schließlich durch die Brüder Gandorfer zum Unterstützer der Münchner Räterepublik, wenn sie auch keineswegs Freunde von Sozialisierungen waren, die sie durch ihre Mitarbeit vielmehr verhindern wollten, zumindest für Betriebe bis 1000 Tagwerk.

In der Oberpfalz, die als die konservativste und kirchentreueste Region galt, fand der Bauernbund jedoch kaum Unterstützung, dies war die Bastion des Bauernvereins. Dies zeigen die Wahlen vom Januar 1919 eindeutig: Während

³¹ StA Amberg 3600: Berichte aus den Bezirken vom August und September 1919; Auszug aus dem Inspektionstagebuch des Regierungspräsidenten vom 17/18. 09.1919; Berichte der Polizei Regensburg

³² Bergmann (1986), S.15 ff.

der Bauernbund in der Oberpfalz bei der Landtagswahl nur 4,9% erhielt, kam die BVP, die als Partei des Bauernvereins gelten kann (Die Vorsitzenden des Bauernvereins, Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer gehörten zu den Gründern der BVP) und das Zentrum ablöste, auf 61%.³³ Interessant ist allerdings, daß Gandorfer ausgerechnet von den Bezirksbauernräten von Regensburg und Moosburg unterstützt wurde, eigentlich Hochburgen des BV bzw. der BVP, weil sie sich durch ihn die Zerschlagung des dortigen umfangreichen Fideikomiß-Besitzes der Fürsten von Thurn und Taxis versprachen, während die BVP für die Aufrechterhaltung dieser alten Rechte war.³⁴

Der Bauernverein hatte während des Kriegs für Krieganleihen geworben und Durchhalteparolen ausgegeben, nach der Niederlage polemisierte er in seinem „Bayerischen Bauernblatt“ gegen die Revolution von links und warnte vor dem Bolschewismus.³⁵ Gleichwohl versuchte sein pragmatischer Führer Georg Heim mit der neuen Regierung unter Eisner zusammenzuarbeiten.

Ein Konflikt zwischen Bauernbund und Bauernverein brach anhand der zu bildenden Bauernräte aus: Da dem „Provisorischem Nationalrat“ auch ein Bauernrat angehören sollte, wurde Karl Gandorfer von Eisner beauftragt, diesen zu bilden, den er dann in erster Linie mit Mitgliedern seines Bauernbunds besetzte. Nun sollten auch Heim und Schlittenbauer als Vertreter des Bauernvereins dem Nationalrat beitreten. Diese machten zur Bedingung, daß der Bauernverein entsprechend seiner Stärke im Zentralen Bauernrat vertreten sein mußte, was aber abgelehnt wurde, da der gegenrevolutionäre BV dann den Bauernrat dominiert hätte.

Nun blieb der BV dem Zentralbauernrat fern, versuchte dafür aber sich auf lokaler Ebene Einfluß zu sichern, indem er die Bildung von Bauernräten in den Kreisen und Bezirken anregte. Dies gelang ihm gut in der Oberpfalz, hier sicherte er sich „seine“ Räte in 2/3 der Bezirke und schuf 120 Räte in den Gemeinden.

Die Regierung versuchte die Bildung von revolutionsfeindlichen Räten zu verhindern, indem sie diese mit Erlaß vom 26.11.1918 auf die Regierung

³³ Bergmann (1986) S.60 f.

³⁴ Bergmann (1986) S.68

³⁵ im folgenden: Bergmann (1986), S.45 ff.

Eisner verpflichtete, aber da die revolutionären Kräfte nicht in der Lage waren, schnell genug Räte zu bilden, verordnete die Regierung am 17.12.1918, daß die Räte durch Bezirkswahlen zu bilden wären. Diese Wahlen wurden in der Oberpfalz zumeist von Mitgliedern der christlichen Bauernvereine gewonnen. Die Bauernräte hatten oft Probleme, sich gegen die Arbeiter- und Soldatenräte zu behaupten und von ihnen anerkannt zu werden. So klagte ein Vertreter des BV aus Nittenau, daß die Wahl der Bauernräte annulliert werden mußte, weil zu ihr keine Dienstboten geladen worden waren und auch nach der erneuten Wahl sagte ein Arbeiterrat, sie würde nicht anerkannt, weil sie keine "Sozi" wären.³⁶ Die schärfste Opposition gegen die Räterepublik ging allerdings von Franken aus, hier wurde sogar in einer Resolution gefordert, daß sich Franken mitsamt der Oberpfalz von München lossagen und eine Republik Nordbayern bilden sollte, falls in München nicht endlich geordnete Verhältnisse einträten.³⁷ In einer Umfrage des Sekretariats des Oberpfälzer BV wurde diese Forderung von den einzelnen Ortsvereinen aber nur als Notlösung empfunden, für den Fall, daß das Chaos und die Räteherrschaft in München anhielten. Vielmehr ging bei den Bauern im Grenzgebiet die Angst um, die Oberpfalz könnte von Bayern abgetrennt und der Tschechei zugeschlagen werden, da dies den Tschechen angeblich vom französischen Ministerpräsidenten Clemenceau angeboten worden sein soll.³⁸ Schließlich wurde am 16. und 17. Juli 1919 in Bamberg ein eigener gegenrevolutionärer Zentralbauernrat gewählt, dessen Mitglieder aus dem Reihen des BV und des Bundes der Landwirte kamen. Der Konkurrenzkampf der nun zwei Zentralbauernräte endete Anfang September mit der Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses, aus dem schließlich die Landesbauernkammer wurde.

³⁶ StA Amberg 3600, Bericht einer Umfrage des BV vom 17.04.1919

³⁷ Bergmann (1986), S.52f.

³⁸ StA Amberg 3600, Bericht einer Umfrage des BV vom 17.04.1919; auch Hecht (1982) S.163

4. Räte-Herrschaft den Städten

Von der Novemberrevolution bis zur Niederschlagung der Münchner Räterepublik wurden zwar auch in fast allen Orten der Oberpfalz Räte gebildet, zu einer Machtübernahme kam es aber nur sehr vereinzelt und kurzzeitig.

Außer in der Hauptstadt Regensburg und den größeren Städten Amberg und Weiden, gab es nur einen "Putsch" in Sulzbach-Rosenberg.

Die Räte kümmerten sich ansonsten um Sicherheit und Ordnung und um die Verteilung von Lebensmitteln und griffen nicht in die bestehende Verwaltung ein, sondern arbeiteten mit ihr zusammen. Dabei kam es oft nicht nur zur Bildung von Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräten, es bildeten sich auch Bürgerräte und Räte von Berufsgruppen, wie einem „Rat der geistigen Arbeiter“ in Vohenstrauß. Zumeist arbeiteten alle Räte gut zusammen, es gab auch kaum Probleme zwischen Arbeiterräten und Vertretern der christlichen Gewerkschaften.³⁹

4.1 Regensburg⁴⁰

In Regensburg hielt der Burgfrieden zwischen den Parteien bis über das Kriegsende hinaus. Die liberale Regensburger Stadtführung band sowohl die katholisch-konservativen Kräfte als auch die MSPD erfolgreich in die schwierige Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung ein. Radikale linke Kräfte gab es ohnehin kaum, eine USPD wurde erst im November 1918 mit 5 Mitgliedern gegründet.

Zwar bildeten sich auch in Regensburg am 8. November 1918 Räte, der Arbeiterrat war aber „ad hoc“ von der MSPD gebildet worden und dieser wirkte auch auf den Soldatenrat ein, sich den Behörden der Stadt unterzuordnen, um die prekäre Versorgungslage nicht zu gefährden.

Eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung ging nicht von politischen Gesinnungen aus, sondern von der Not an Nahrung, Brennstoffen und Kleidung. Diese wurde von den heimkehrenden Soldaten, vor allem aber von dem Zuzug Fremder verschärft und führte am 10. Januar 1919 zu

³⁹ Hecht (1982) S.155-160

⁴⁰ im folgenden: Reindl (2000) S.373ff.

Plünderungen, die großen Schaden anrichteten und sogar 3 Menschenleben kosteten. Diese Unruhen offenbarten auch die Ohnmacht des Staates, denn die Polizei wurde angesichts der Unterlegenheit schnell zurückgezogen und die erwartete Unterstützung des Militärs kam nicht, dies wurde vom Garnisonskommando mit der „schlechten Moral“ der Truppe begründet. Schließlich waren es dann Arbeiter, die vom Arbeiterrat spontan „rekrutiert“ wurden, die diese Ausschreitungen beendeten.

Dies zeigt, daß die Arbeiter in Regensburg durchaus die Möglichkeit gehabt hätten, die Macht zu übernehmen, aber kein Interesse daran hatten. Sie fügten sich auch den scharfen Regelungen eines wochenlangen Ausnahmezustandes, der von der Stadtkommandantur nach den Krawallen verhängt wurde.

Die Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 zeigten die konservative Einstellung der Regensburger: Die BVP kam auf fast 50% der Stimmen, die MSPD auf 33%, die DVP auf 14,5 % und die USPD auf nur 0,7%.

Im Frühjahr 1919 verschärfte sich die Notlage bei den Lebensmitteln und auch die Arbeitslosigkeit derart, daß die Bevölkerung das Vertrauen in die Regierung Hoffmann verlor. So schloß sich dann Regensburg am 7. April 1919 unter gemeinsamer Führung der MSPD und der USPD der neu proklamierten „Räterepublik Baiern“ an. Allerdings wirkte sich dies in der Praxis nicht aus, denn die Verwaltung arbeitete unverändert weiter und bereits nach 4 Tagen widerrief der Arbeiter- und der Soldatenrat aus Enttäuschung wegen der Vorgänge in München diese Entscheidung und stellte sich hinter die Regierung Hoffmann.

Deren Aufforderung zur Bildung von Volkswehren führte zur Bildung einiger Regensburger Freikorps, die sich an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik beteiligten.

Ironischerweise führte all dies dazu, daß viele Menschen nach dem Ende der Räterepublik Hoffnung in eine radikale sozialistische Politik setzten und die USPD plötzlich Zulauf bekam und Ende 1919 etwa 1000 Mitglieder hatte.

Dieses Vertrauen verlor sie aber schnell wieder durch Unentschlossenheit und ihrer Nähe zur MSPD und wurde bei den Wahlen im Juni 1920 mit nur 7,1%

der Stimmen abgestraft, während es die erst im März gegründete KPD auf über 5% brachte.

4.2 Amberg⁴¹

In Amberg kam es direkt nach der Konstitution der Münchner Arbeiterräte am 8. November 1918 zu einer „Räteherrschaft“ die aber von Anfang an in den Händen bürgerlicher Kreise lag und mit dem Einverständnis der vorhandenen Stadtgremien zustande kam. Es war ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden, dem sowohl Mitglieder der MSPD, aber auch der christlichen Gewerkschaften angehörten, welche später für die BVP aktiv waren, die sich in Amberg am 25. November 1918 konstituierte. Die BVP erzielte bei den Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 57,5 % der Stimmen in Amberg, weit mehr als im gesamt bayerischen Durchschnitt von 35 %, während die MSPD in Amberg auf nur 28,6 % kam.

Die Soldatenräte wurden von den Soldaten des in Amberg stationierten 6. Infanterie-Regiments gewählt. Aus dieser Rätezeit sind in Amberg keine Vorfälle bekannt, auch die 2. Revolution in München, die durch die Ermordung Kurt Eisners ausgelöst wurde, fand in Amberg nur in einem „wohlgeordneten“ Demonstrationzug am 26. Februar 1919 Niederschlag, zu dem von der MSPD, USPD und den Freien Gewerkschaften aufgerufen wurde.

Erst durch die 3. Münchner Revolution am 7. April 1919 entstanden in Amberg etwas Turbulenzen. Das Telegramm von Nikisch führte zu einer Sitzung der Stadtgremien, zu dem auch die Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats, Karl (ein Wirt) und Reis (ein Soldat) geladen worden waren. Letztere stellten sich auf den Boden der kommunistischen Räterepublik und beanspruchten die städtische Macht, wonach die Stadtgremien beschlossen, ihre Tätigkeit einzustellen. Von den Räten wurden die Behörden und Banken besetzt und auch die Redaktionen der beiden Zeitungen, die zu „Organen der Räterepublik“ deklariert wurden.

⁴¹ Zu den Ereignissen in Amberg: Prechtel (1991) S.72 ff. und übereinstimmend dazu: Bericht des Amberger Magistrats an die Regierung vom 22.04.1919 und Bericht der Polizeiwache Amberg an den Magistrat vom 04.06.1919 in: StA Amberg: Akten der Staatsanwaltschaft beim kgl. Landgericht Nr.22

Die Bevölkerung war allerdings mit solch einer Räteherrschaft nicht einverstanden und protestierte am 10. April am Marktplatz dagegen, diese Demonstration war von den Beamten und Lehrern organisiert worden. Es wurde die Absetzung des Arbeiterrats verlangt und am Abend wurde sogar das Rathaus gestürmt. Eine herbeigeeilte Abteilung Infanterie unter dem Soldatenrat Konrad Reis räumte das Rathaus und stellte die Ordnung wieder her. Der Soldatenrat stellte sich aber daraufhin sogleich gegen die Münchner Räte und hinter die Regierung Hoffmann.

Auch die Bauernräte wollten nicht mit dem Arbeiterrat zusammenarbeiten. Sie hatten bereits dagegen protestiert, daß die Erklärungen der Räte auch in ihrem Namen unterzeichnet waren, obwohl sie gar nicht beteiligt worden waren. In einer Sitzung am 10. April wendeten sie sich gegen den Arbeiterrat und drohten eine Einstellung der Lebensmittel-Lieferungen an.

Da der Arbeiterrat nun isoliert war, erklärte er sich am 13. April bereit, den Zustand vor dem 7. April wieder herzustellen und sah sich gezwungen, nun auch die Regierung Hoffmann anzuerkennen.

4.3 Sulzbach-Rosenberg^{42 43}

In Sulzbach kam es bereits ganz am Anfang der Weimarer Republik zu einer Räteherrschaft. Bereits am 9. November 1918 verlangten Soldatenräte die Beteiligung an den Geschäften der Stadt und bekamen dies von der Stadtverwaltung zugesichert. Diese Soldatenräte stammten vom dem in Sulzbach stationierten 2. Batallion des 21. Infanterie-Regiments und wurden auf Drängen des Nürnberger Soldatenrats gewählt.

Da es in Sulzbach bis dahin keine sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien oder Gewerkschaften gab, wurde auch der Arbeiterrat von Nürnberg aus initiiert und Konrad Wiesel, ein Gefreiter der Kaserne und SPD-Mitglied, wurde zum Vorsitzenden ernannt. Dieser organisierte umgehend eine Wahlversammlung, bei der allen Anwesenden das Wahlrecht zuerkannt wurde,

⁴² Der Ortsteil Rosenberg gehört erst seit 1934 zu Sulzbach und war im untersuchten Zeitraum eine eigenständige Gemeinde, da aber die Stadt Sulzbach auch damals stark vom Stahlwerk Maxhütte in Rosenberg beeinflusst war, scheint es gerechtfertigt, auch hier schon von „Sulzbach-Rosenberg“ zu sprechen.

⁴³ Zu den Ereignissen in Sulzbach: Lehner (1999), S.329 ff.

wobei allerdings nur Arbeiter und Handwerker anwesend waren, die Bürger hielten sich fern. Zu Arbeiter-Räten wurden zwei Arbeiter der Maxhütte, ein Schreiner, ein Maurer und zwei Bergleute gewählt

Zwischen den Räten und der Stadtverwaltung, Bürgermeister und Magistrat kam es zu Spannungen, da sich beide durch Wahl legitimiert sahen und Anspruch auf die Führung erhoben. Die Räte fühlten sich insbesondere durch das basisdemokratische Verfahren in ihren Ansprüchen bestätigt, denn es wurden in Sulzbach immer wieder Volksversammlungen einberufen, in denen die Räte auf die abgestimmten Entscheidungen verpflichtet wurden und auch abgewählt werden konnten.

Der Anspruch der Räte wurde aber mit der „Provisorischen Richtlinie für Räte“ vom 26. 11. 1918 wieder zunichte gemacht, die unter der Federführung von Erhard Auer entstand. Die Räte bekamen damit genau bestimmte Aufgaben zugewiesen (Notstandsarbeiten, Lebensmittelversorgung, Arbeitsverhältnisse und die Bekämpfung des Schleichhandels) und mußten alles andere wieder den Behörden und dem Magistrat überlassen.

Die Konflikte zwischen den Räten und der Stadtverwaltung und dem Bürgermeister führte zu einer kurzfristigen Besetzung der örtlichen Zeitung durch die Räte und einer Beschwerde des Bürgermeisters Tröger über die Räte bei Eisner selbst. Dies führte dazu, daß ein Nürnberger MSPD-Sekretär einige Aktionen der Räte rügte, sie hatten ihre Macht nun praktisch endgültig verloren.⁴⁴

Weitere Auseinandersetzungen zwischen Tröger und Wiesel führten zu einer erneuten Beschwerde Trögers bei Auer und endeten, als das Landwehr-Infanterieregiment, dem Wiesel angehörte, aufgelöst wurde und er damit seine Stellung als Soldatenrat verlor.

Nach der Ermordung Eisners am 21. 2. 1919 wurde der inzwischen in Sulzbach gegründete Sozialdemokratische Verein, der aus MSPD und USPD-Mitgliedern bestand, aktiv und gründete zusammen mit Gewerkschaften und anderen Berufsorganisationen einen Vollzugsausschuß, der die Macht in der Stadt erneut beanspruchte, aber in einer Volksversammlung mit diesem

⁴⁴ StA Amberg, BA Sulzbach 3452, Bericht des BezA. vom 14.12.1918

Ansinnen scheiterte.

Im März 1919 wurde eine Ortsgruppe der USPD in Sulzbach gegründet und ein abermaliger Versuch, stärker an der Regierung der Stadt beteiligt zu werden, scheiterte an der Haltung des Magistrats.

Am 7. April 1919 fand eine Versammlung statt, in der die Sulzbacher sich zur Münchner Räterepublik bekennen sollten, sich aber schließlich in einer Abstimmung für eine neutrale Haltung entschieden. Anhänger der 3. Münchner Revolution verschanzten sich in der Kaserne, gaben aber auf, als sie von einem Freikorps beschossen wurden.

Die Räte konnten sich auch weiterhin in Sulzbach nicht durchsetzen, auch wenn es immer wieder Reibereien mit den christlichen Gewerkschaften und Parteien gab. Daß die Räte schließlich aufgaben, lag wohl auch an ihren materiellen Nöten, denn die Richtlinien zu ihrer Vergütung sagten aus, daß ihre Tätigkeit ehrenamtlich sein solle und sie für parteipolitische oder gewerkschaftliche Tätigkeiten nicht zu bezahlen seien. Manche Arbeiterräte, die im Stahlwerk Maxhütte gearbeitet hatten, wurden dort nicht wieder eingestellt und waren genötigt, sich außerhalb Sulzbachs Arbeit zu suchen.

4.4 Weiden⁴⁵

In Weiden waren anfangs so gut wie keine radikal-linken Kräfte vorhanden. Die Polizei-Berichte über die Aktivitäten der USPD ergeben bis Anfang 1919, daß es in Weiden keine Organisation der USPD gab, allenfalls 10 Arbeiter der Porzellan-Firma Seltmann wurden verdächtigt, mit der USPD zu sympathisieren. Und selbst denen stellt der Polizeibericht vom 19. März 1918 das Zeugnis aus, daß sich „in keiner Weise Tatsachen ergeben, daß die hier wohnhaften Anhänger der unabhängigen Sozialdemokraten in irgendeiner Weise eine Tätigkeit entfaltet hätten, die dem Wohl des Staates schaden würden“.

So führte die Novemberrevolution denn auch zu keinen Änderungen der Machtverhältnisse in Weiden, es bildete sich zwar am 11. November 1918 ein Arbeiterrat, aber diesem gehörten keine radikalen Kräfte an.

⁴⁵ Zu den Ereignissen in Weiden: Beyer 2004

Am 8. Januar 1919 kam Kurt Eisner zu einer Veranstaltung nach Weiden. Diese wurde von der MSPD organisiert, da es an eigenen Leuten vor Ort fehlte, lediglich ein USPD-Mitglied aus Nürnberg half mit, wobei dessen Eintreten für den Matrosenaufstand zu einer Schlägerei im Veranstaltungsort führte. Trotz des Auftritts Eisners bekam die USPD in Weiden bei den Landtagswahlen nur 3 von insgesamt 7707 Stimmen, 2722 Stimmen gingen an die MSPD, ein klares Votum gegen „rote“ Bestrebungen. Auch in anderen Gemeinden der nördlichen Oberpfalz geht die USPD so gut wie leer aus, lediglich in Windischeschenbach erhielt sie 144 von 990 Stimmen (14,5%).

Am 10. März 1919 wurde eine Demonstration der Arbeitslosen durch den Soldatenrat und die Stadtschutzwehr verhindert, der Organisator und Vorsitzende der „Erwerbslosen-Vereinigung“, Rudolf Michaelis, wurde verhaftet. Michaelis versuchte in Weiden mit Hilfe der Amberger USPD eine Ortsgruppe zu gründen, scheiterte aber. Auch sein Versuch, mit Handzetteln zu einer Unterstützung der 3. Münchner Revolution aufzurufen, wurde vereitelt. Als Michaelis sich am 21. April auf einer Versammlung der Arbeiter der Glasfabrik Kupfer AG zu Wort meldete und sich für die Räterepublik einsetzte, wurde ihm das Wort entzogen und er wurde des Saales verwiesen, zwei Tage später wurde er erneut verhaftet.

Erst die blutige Niederschlagung der Münchner Räterepublik und die schlechte wirtschaftliche Entwicklung führte dann auch in Weiden zu einem Linksrutsch und zur Gründung einer Ortsgruppe der USPD, die dann auch bei den Gemeindewahlen am 15. Juni 657 Stimmen von 4908 erhielt, für die MSPD hatten 918 gestimmt. Die Anhänger der USPD waren vor allem Arbeiter der Porzellan- und Glasfabriken und Arbeitslose, während bei der MSPD viele Arbeiter und Angestellten der Bahn kandidierten.

Die USPD konnte ihre Stärke in Weiden weiter ausbauen und erhielt 1920 einen enormen Mitgliederzuwachs, so daß sie bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1279 (19,4 %) der Stimmen erreichte und damit die MSPD weit überholte.

5. Beschäftigungsstruktur in der Oberpfalz

Zur Beurteilung der Beschäftigungsstruktur in der Oberpfalz läßt sich die „Kriegszählung der gewerblichen Betriebe“ von 1917 heranziehen.⁴⁶

In dieser Zählung wurden zwar die Bauern nicht erfasst, aber da ansonsten praktisch alle Betriebe gezählt wurden, läßt sich der Anteil der Landwirtschaft aus der Differenz zur Gesamtbevölkerung ersehen.

Hierfür wurde die zeitnächste Volkszählung von 1925 verwendet, sie weist eine Gesamtbevölkerung von rund 637 000 Menschen auf. Von diesen waren 1917 fast 60 000 in Gewerbetrieben beschäftigt, dies sind nur knapp 10% der Bevölkerung.⁴⁷

Davon entfiel weniger als die Hälfte auf typische Arbeiterberufe, insbesondere in den Gebieten Bergwerke und Hüttenwesen, Metallverarbeitung, Steine und Erden und Maschinenbau. Und auch nur hier gab es eine Konzentration in größeren Betrieben, hier waren im Schnitt 230 Arbeiter in 70 Groß-Betrieben (über 50 Arbeiter) beschäftigt.

Das restliche Gewerbe war vor allem im Bereich Nahrung und Gaststätten, sowie Handel angesiedelt, erwähnenswert sind noch Bekleidungs- und Holz- und Schnitzereigewerbe mit je knapp 7 % der gewerblich Beschäftigten. Hier kamen größere Betriebe kaum vor, es handelte sich in erster Linie um Selbstständige und Familienbetriebe mit meist nur 1-2 Beschäftigten pro Betrieb. Auch im Bauwesen herrschten selbstständige Handwerker vor, hier gab es nur 4 Betriebe mit über 50 Beschäftigten.

Leider gibt die Kriegszählung keine Auskunft über die örtliche Verteilung innerhalb der Oberpfalz, aber es kann aus örtlichen Kenntnissen gesagt werden, daß die Bergwerke ihren Schwerpunkt in der mittleren Oberpfalz (Amberg, Rosenberg, Auerbach) hatten, ebenso konzentrierte sich hier die Verhüttung der Eisenerze und die Stahlerzeugung (Maxhütte in Rosenberg und Maxhütte-Haidhof, Leopoldhütte Amberg), im Norden war und ist der Schwerpunkt der Porzellanherstellung (Weiden, Kaolinwerke Hirschau).

⁴⁶ Statistisches Landesamt (1919)

⁴⁷ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2006)

Kriegszählung der gewerblichen Betriebe 1917 (Zusammenfassung)

Art der Gewerbe	Klein/Mittelbetriebe		Großbetriebe		Summe	%
	Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte	Beschäftigte	
Bergbau, Metallverarbeitung	1198	2385	20	8801	11186	18,9
Steine, Erden	227	1568	39	5360	6928	11,7
Maschinenbau	646	1375	11	2097	3472	5,8
sonstige Industrie	556	1649	5	520	2180	3,7
Nahrungsmittel, Gastgewerbe	5611	12146	4	687	12833	21,6
Handel	3821	7492	3	355	7847	13,2
Holz, Schnitzerei	1075	3112	11	983	4095	6,9
Bekleidung	2458	3979	1	59	4038	6,8
Bauwesen	1261	2474	4	331	2805	4,7
Sonstige	1040	2749	6	1201	3950	6,7
Summe	17886	38940	884	20394	59334	100

6. Fazit

Eine Revolution fand 1918/19 in der Oberpfalz nicht statt, auch schloß man sich der Räteregierung in München nicht an, von kurzen Episoden einzelner Räte abgesehen. Dazu war die Region aufgrund ihrer bäuerlichen Struktur und katholischen Bindung viel zu konservativ, die Presse und die Arbeit des christlichen Bauernvereins taten ein übriges.

Arbeiter in größerer Anzahl gab es nur an einigen wenigen Orten und auch diese Betriebe und Arbeitersiedlungen waren zu klein, um ein Klassenbewußtsein entstehen zu lassen, zumal der Kontakt mit dem bäuerlichen Umland eng war und viele Arbeiter nach wie vor dort verwurzelt waren. So entstanden in der Region vor Mitte 1919 weder nennenswerte Organisationsstrukturen der USPD, Spartakisten/KPD oder linker Gewerkschaften und auch die Wahlergebnisse zeigen eine konservative Gesinnung bis tief in die Arbeiterkreise.

Aber zufrieden war die Bevölkerung mit der alten Regierung auch nicht, dazu war sie durch den Krieg mit seinen Verpflichtungen, Nöten und Ungerechtigkeiten zu sehr in Mitleidenschaft gezogen und aus ihrer vertrauten

Lebenserfahrung gerissen worden. So wurde das Ende der königlichen Regierung und ein Neuanfang mit einem demokratischem Parlament durchaus begrüßt, versprach man sich doch ein Ende von Krieg, Not und Zwangswirtschaft.

Die Leute erwarteten aber zuviel von der Regierung, die Mißstände waren nicht in so kurzer Zeit zu beseitigen und so geriet die Regierung Eisner und deren Nachfolger bei ihnen schnell in Mißkredit. Eine große Rolle spielte hier sicher auch, daß diese neuen Münchner „Herren“ durch ihre Herkunft und Berufe völlig außerhalb der bodenständigen Lebenswelt der Oberpfalz standen: Von Dichtern und einer Boheme wollte man sich nicht regieren lassen.

Es begann sich eine zunehmende Polarisierung zwischen Stadt und Land abzuzeichnen: Während die Bauern genug Lebensmittel hatten und vor allem durch Zwangsablieferungen und Preislimits verärgert waren, hungerten die Menschen in der Stadt und waren auf Hamsterei und manchmal auch Diebstahl angewiesen. Die Bauern sahen in der Stadtbevölkerung und insbesondere den Arbeitern „Schmarotzer“, die mit gesetzlich garantiertem 8-Stunden-Tag oder Arbeitslosenunterstützung ein faules Leben führten und dann sogar noch streikten. So etwas war den Bauern völlig fremd und sie sahen sich von der Stadt ausgebeutet. So ging auf dem Land ständig die Angst vor einer roten Revolution um, und hinter jedem Aufruhr und jeder Veranstaltung wurde sogleich „Spartakistenterror“ vermutet und Gerüchte hatten Hochkonjunktur. So wuchs das Mißtrauen gegen die linken Münchner Räte und der kommunistische Putsch vom 7. April wurde strikt abgelehnt.

In den Städten dagegen litten die Menschen an Nahrungsmangel und konnten erleben, daß die streng rationierten Nahrungsmittel durchaus verfügbar waren, wenn man genug Geld hatte und bei den Bauern immer noch etwas zu holen war. So konnte bei ihnen der Eindruck entstehen, daß die Bauern ihre Erzeugnisse zurückhielten, um damit möglichst hohe Gewinne zu machen. So verwundert das immer aggressiver werdende Hamstern und Diebstähle nicht.

Aber in der Region waren und sind die Städte zu klein und zu sehr mit dem bäuerlichen Umland verbunden, als daß aus diesen Differenzen größere Unruhen entstehen konnten.

In der ganzen Oberpfalz erklärten sich die Gemeinden für die Regierung Hoffmann und viele meldeten sich sogar zu den Freikorps, um der Räteherrschaft in München ein Ende zu bereiten.

An den wenigen Orten, an denen es Betriebe gab, die relativ viele Arbeiter beschäftigten, blieb es auch ziemlich ruhig. Es kam zwar zu vereinzelt Zwischenfällen, diese hatten aber keine politische Motivation und hatten ihre Ursache in der allgemeinen Unzufriedenheit und dem Autoritätsverlust des Staates.

Der neue Staat hatte sich noch nicht bewährt und die Polizei und die Infrastruktur zur Durchsetzung fehlte auch noch. Die immer schlechter werdende Sicherheitslage -zumindest dem Empfinden nach- ist aus den Berichten der Bezirke an die Regierung deutlich zu sehen. Während im Herbst 1918 die Sicherheit noch als gut bewertet wurde, wurde der Ruf nach Waffen für die Bürgerwehren spätestens nach Flucht der Regierung Hoffmann immer häufiger. Dabei waren tatsächlich keinerlei roten Aufstände zu befürchten, selbst wenn die Arbeiter die Macht dazu gehabt hätten, hatten sie daran kein Interesse, wie die Niederschlagung der Plünderungen in Regensburg zeigt. Die Furcht und Verunsicherung erwuchs aus der Ansammlung vieler kleiner Diebstähle, der Belästigung durch die Hamsterei und kleinerer Unstimmigkeiten.

Das System der Räte wurde als demokratische Teilhabe durchaus begrüßt. Überall wurden Räte in demokratischen Versammlungen gewählt, wobei sowohl selbstständige Handwerker und Angehörige bürgerlicher Berufe als Arbeiterräte gewählt wurden, als auch Räte für andere Berufsgruppen gebildet wurden. Die Räte arbeiteten fast überall harmonisch zusammen, auch gab es keine Grenze zwischen Arbeiterräten und christlichen Gewerkschaften. Die Räte sahen sich als Helfer der Gemeindeverwaltungen. Versuche, die Macht selbst zu übernehmen, gab es nur sehr vereinzelt.

Insgesamt zeigte sich die Oberpfalz in der Nachkriegszeit als bereit für einen Neuanfang unter einer demokratischen Regierung und schaffte mit den Räten auch basisdemokratische Strukturen. Durch die konservative Grundeinstellung der Bevölkerung und die arbeiterfreundliche Politik der Münchner Räte, die den Bedürfnissen der Bauern zuwiderlief und kein Verständnis fand, geriet die neue Regierung aber schnell in Mißkredit.

Literaturverzeichnis:

Quellen:

Bericht des Amberger Magistrats vom 22.04.1919, StA Amberg,
Akten der Staatsanwaltschaft bei dem kg. Landgericht Amberg, Nr.22,

Bericht der Polizeiwache Amberg an Stadtmagistrat vom 4. Juni 1919
Akten der Staatsanwaltschaft bei dem kgl. Landgericht Amberg, Nr.22,
StA Amberg,

Regierung der Oberpfalz, Kammer des Innern, Bekämpfung von Unruhen,
1918-1923, Fach 4 Band 1, Staatsarchiv Amberg, Abgabe 1949 Nr.3600

Statistisches Landesamt: Die Kriegszählung der gewerblichen Betriebe am 15.
August 1917 in Bayern, Heft 90 der Beiträge zur Statistik Bayern, München
1919

Literatur:

Ay, Karl-Ludwig: Volksstimmung und Volksmeinung als Voraussetzung der
Münchener Revolution von 1918, in: Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch,
S.301-345, München, 1969.

Bayer, Karl: Zu den Anfängen der Unabhängigen Sozialdemokraten in
Weiden, in: Oberpfälzer Heimat, 49.Band, S.51-67, Weiden, 2004

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung,
www.statistik.bayern.de, Stand 04.02.2006

Bergmann, Hansjörg: Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische
christliche Bauernverein 1919-1928, München, 1986

Beyer, Hans: Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München,
Berlin, 1957

Dorst, Tankred (Hrsg.): Die Münchner Räterepublik, Zeugnisse und
Kommentare, Frankfurt/M, 1966

Hecht, Karl: Revolution und Räterepublik in der Nördlichen Oberpfalz und
ihre Voraussetzungen, in: Verhandlungen des Historischen Vereins für
Oberpfalz und Regensburg, 122.Band, S.119-192, Regensburg, 1982.

Hillmayr, Heinrich: München und die Revolution von 1918/19, in: Karl Bosl
(Hrsg.), Bayern im Umbruch, S.453-506, München, 1969.

Lehner, Erwin: Sulzbach-Rosenberg zur Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, in: Eisenerz und Morgenglanz, Hrsg: Stadt Sulzbach-Rosenberg, Bd.1, S 329-333, Amberg,1999

Münc, Friedrich: Die agitatorische Tätigkeit des Bauernführers Heim, in: Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S.301-345, München, 1969.

Mitchell, Allen: Revolution in Bayern 1918/19, München 1967

Prechtl, Franz: Amberg, aus dem Geschehen einer tausend Jahre alten Stadt, S. 72-74, Amberg, 1991

Reindl, Gerhard: Zwischen Tradition und Moderne. Regensburg in der Weimarer Republik. in: Peter Schmidt (Hrsg.), Geschichte der Stadt Regensburg Bd.1, S.373-418, Regensburg 2000.

Ritter, Gerhard und Miller, Susanne (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918-1919, Frankfurt/M 1968